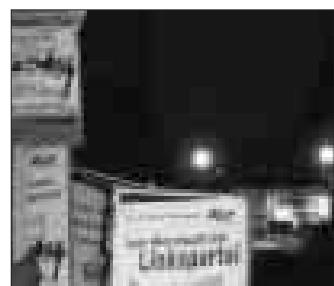


Österreich**FPÖ: Rechtsruck ohne Ende?**

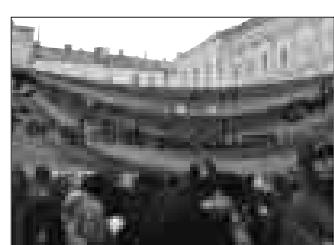
Totgesagte leben länger. Die FPÖ sieht ihren strammen Rechtskurs unter HC Strache durch den Wahlfolg bestätigt. Wie gefährlich ist diese "neue" FPÖ für ArbeitnehmerInnen, Jugendliche, Linke und MigrantInnen? Seite 2

Betrieb & Gewerkschaft**Zivis: Kollegen, Lohndrücker, Lückenbüßer?**

Im Sozialbereich werden Zivildiener Lückenbüßer zu Niedrigstlöhnen herangezogen. Ein Zivildiener und ein Behindertenbetreuer berichten aus jeweils ihrer Sicht. SEITE 3

Schwerpunkt**Gegen das Europa der Banken & Konzerne**

Sozialistische Antworten auf die Krisen der EU. Was ist die Alternative zum neoliberalen Europa? SEITEN 4/5

Internationales**CWI-Treffen: Weltweit gegen Kapitalismus**

Anfang Dezember fand in Belgien eine Vorstandssitzung des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (CWI/KAI) statt. Wir berichten über wichtige Entwicklungen rund um den Erdball. SEITE 7

Schon 400.000 ohne Arbeit!

Rekordarbeitslosigkeit, Zerschlagung der ÖBB und Ausverkauf der Post mit Streiks bekämpfen!

von Wolfgang Fischer,
SLP Wien

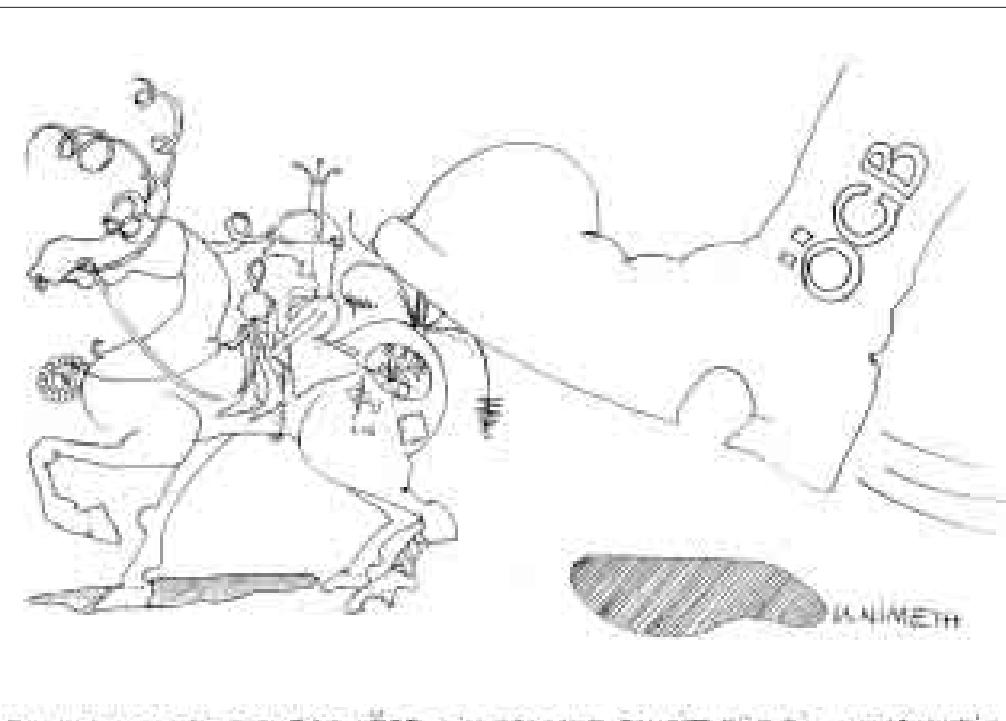
Die Arbeitslosigkeit in Österreich erreichte im November einen neuen Rekordwert: inklusive "Schulungen" des Arbeitsamts waren offiziell 312.250 Österreicher auf Jobsuche, für die Wintermonate werden bis zu 400.000 Arbeitslose prognostiziert.

WER BEZAHLT FÜR DIE KRISE IN DER EU?

Während die Schüssel-Regierung beteuert, Österreich läge damit im guten EU-Durchschnitt, sehen die "Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" weitere Angriffe auf Beschäftigte und eine Verschärfung der Situation vor. Ein Blick nach Deutschland macht klar, in welche Richtung der Zug fährt: Verstärkte Flexibilisierung (Ausweitung der Probezeit – in Deutschland gerade auf 2 Jahre), Aufweichung von Kollektivverträgen, Steuergeschenke an Unternehmen und weitere Privatisierungen stehen auch in Österreich ganz oben am Wunschzettel der Kapitalisten. Während die EU-Wirtschaft in der Dauerkrise steckt, werden ArbeitnehmerInnen zur Kasse gebeten.

MIT TEMPO 160 GEGEN DEN ÖFFENTLICHEN VERKEHR

Anfang Dezember haben die EU-Verkehrsminister das "EU-Eisenbahnpaket" auf Schiene gebracht. Dieses sieht die vollständige Liberalisierung des grenzüberschreitenden Personenverkehrs auf der Schiene in der EU ab 2010 vor. Erklärtes Ziel der Schüssel-Regierung ist, die ÖBB vollständig zu zerstören und die profitablen Bereiche (Fern- und Güterver-



EIN KLEINER TRITT FÜR DEN OGB, EIN GROSSER SCHATT FÜR DIE MENSCHHEIT

kehr) für Privatisierungen vorzubereiten. Ein ruinöser Wettbewerb, der auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen und KundInnen ausgetragen wird. Internationale Beispiele zeigen, dass eine Verschlechterung regionaler Anbindungen, teurere Bahntickets, niedrigere Sicherheitsstandards und erhöhter Arbeitsdruck für die ÖBB'lerInnen zu erwarten sind. Vor diesem Hintergrund wurde von "Tempo-160-Gorbach" Mitte November eine mediale Hetzkampagne gegen die "Privilegien" von EisenbahnerInnen gestartet. "Privilegien", die sich als Schichtdienste, Schwerarbeit und erhöhter Arbeitsdruck innerhalb eines Dienstleistungsunternehmens entpuppen. So ist die Arbeitsbelastung eines Verschiebers oder Gleisbauarbeitors mit der Schwerarbeit eines Hochofenarbeiters vergleichbar, Lokomotivführer unterliegen einer verstärkten Stressbelastung.

VOR POST- UND BAHNSTREIK?

Die Privilegiendebatte dient der Regierung als Vorwand, weitere Eingriffe in die Dienstverhältnisse und das Dienstrecht der ÖBB-Beschäftigten durchzuführen. Kündigungsschutz und Pragmatisierung stehen auf der Abschussliste. Ziel ist es, mittelfristig 10.000 Arbeitsplätze abzubauen bzw. diese als billige Leiharbeitskräfte auch Drittfirmen außerhalb der ÖBB zur Verfügung zu stellen. Die wahren Privilegieneren sind nicht die EisenbahnerInnen, sondern Regierung und Manager der ÖBB. Kurzzeit-Generaldirektor Rüdiger vorm Walde wurde schon 2004 mit 1,2 Millionen Euro Abfertigung nach Hause geschickt. Der jetzige 20-köpfige Vorstand erhält einen Fixbezug von jährlich 5 Millionen Euro plus einer zusätzlichen Erfolgsprämie von maximal 50 Prozent des Fixbezuges, wenn

die gesteckten Ziele voll erreicht werden. Die ÖBB-Ausgliederung 2003 hat zu Chaos für KundInnen und erhöhtem Druck für die Beschäftigten geführt. Verstärkter Stress, Unmengen an Überstunden und nicht konsumierter Urlaub sind nur die offensichtlichsten Folgen des Personalabbau. Frustration und Wut der EisenbahnerInnen gegen die neuerliche Angriffspläne der Regierung haben nun auch die Gewerkschaft der Eisenbahner (GdE) unter Zugzwang gebracht. GdE-Vorsitzender Haberzettl stellte verbal eine Streikdrohung gegen "übereilte" Regierungsbeschlüsse in den Raum. Auch bei der Post stehen die Zeichen verbal auf Streik. Geht es nach den Plänen der Regierung, soll auch der Verkauf der österreichischen Post AG an der Börse noch im nächsten Jahr durchgezogen werden. Aber auch dagegen formiert sich Widerstand innerhalb der

Post-Belegschaft. Diese Vollprivatisierung würde eine weitere Schließungswelle an Postämtern nach sich ziehen, tausende ArbeitnehmerInnen sind gefährdet. Konkrete Vorbereitungen für Kampfmaßnahmen wären überfällig, wurden jedoch von der Gewerkschaftsführung bis jetzt nicht getroffen. Ein Fehler, denn das extrem instabile schwarz-blau-orange Horror-Kabinett konnte in den letzten Jahren Sozialabbau und Privatisierung nur deshalb im großen Stil durchführen, weil es nur auf minimalen Widerstand von Opposition und ÖGB stieß.

GEGENWEHR VON UNTEN ORGANISIEREN!

Der Ausfall von bis zu 44 Millionen Euro Dividende – soviel war es 2004 – für den ÖGB durch den BAWAG/Refco-Skandal dürfte die Streikfreudigkeit der Gewerkschaftsspitze zusätzlich eindämmen. Wir können uns solche Rücksichtnahmen auf dubiose Spekulationsgeschäfte die mit gewerkschaftlichen Anliegen überhaupt nichts zu tun haben nicht leisten! Weitere Niederlagen der Belegschaften bei Post und Eisenbahn würden für Regierung und Unternehmen einen Dammbruch in Richtung weiterer Eingriffe in Dienst- und Kollektivverträge, sowohl im öffentlichen Dienst als auch in der Privatwirtschaft bedeuten. Um das zu verhindern ist es innerhalb des ÖGB notwendig, KollegInnen aus allen Bereichen branchen- und fraktionsübergreifend von unten zu organisieren und für bundesweite Großdemonstrationen und eine Aktionskonferenz als erste Schritte zu mobilisieren.

Der Standpunkt

Danke
Hubert!

von Sonja Grusch



Lieber Minister
Gorbach,

Ich möchte mich herzlich bedanken, dass Sie endlich das so wichtige Thema "160 km/h" aufgegriffen haben. Seit Jahren schon kreisen meine Gedanken um nichts anderes. Eine Studie hat ergeben, dass ich mit Tempo 160 auf einer Strecke von 50 km ganze 1,6 Minuten einsparen würde. Danke, dass sie sich so für meine Freizeit einsetzen! Ich finde es großartig, dass Sie als Minister bei den ÖBB dafür sorgen, dass Bahnfahren immer teurer wird - da macht das Autofahren mehr Sinn. Und weil sie sich ja auch für die Schließung der Nebenbahnen stark machen, nützt mir Tempo 160 gleich noch mehr.

Ich finde es richtig, dass Sie mit diesem Thema nach vorne preschen. Nur Kleingeister und Nögler können darin ein Ablenkungsmanöver sehen. Was soll schließlich falsch daran sein, dass Sie als verantwortlicher Minister die ÖBB-Bodensee Schifffahrt an ihren künftigen Arbeitgeber verkaufen? Und sie haben auch völlig recht damit, weitere Zugeständnisse bei den ÖBB-Beschäftigten zu fordern. Das Geld für die Spitzeneinkünfte des ÖBB-Managements muss ja irgendwoher kommen.

PolitikerInnen haben die Aufgabe, mit Themen nach vorne zu gehen und Probleme anzusprechen. Und wir haben - dank des wunderbaren Systems, in dem wir leben - keine wirklichen Probleme. In Österreich herrscht ja Vollbeschäftigung. Allen Menschen geht es gut, jedeR hat genug Geld um sich ein Leben in Luxus leisten zu können. Es gibt genug Lehrplätze und unser großartiges Bildungssystem fördert unsere Jugend. Und die Luft ist rein, Feinstaub kennen wir nur vom Staubzucker der Weihnachtsbäckerei und Umweltzerstörung existiert nicht. Ihr Vorstoß für Tempo 160 ist daher ein wichtiger Beitrag um uns noch glücklicher und noch zufriedener zu machen!

Ich möchte Ihren Vorschlag aber ergänzen: Wir haben noch rund ein Drittel HinterwäldlerInnen in Österreich, die kein eigenes Auto besitzen! Hier muss die Politik ansetzen. Ich würde Ihnen vorschlagen, alle öffentlichen Verkehrsmitteln zu privatisieren - das würde sie weniger attraktiv machen. Und vielleicht könnten Sie im Nationalrat ein Gesetz einbringen, dass alle Haushalte dazu verpflichtet, mindestens ein Auto zu haben. Dann können wirklich Alle von ihrem tollen Vorschlag von Tempo 160 profitieren.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733



FPÖ: Rechtskurs ohne Ende?

Die Gefahren einer "FPÖ neu" und ihre Grenzen

von John Evers, SLP Wien

Im November fand ein Vernetzungstreffen der "europäischen patriotischen und nationalen Parteien und Bewegungen" in Wien statt. Federführend waren dabei die seit der BZÖ-Spaltung in der FPÖ maßgeblichen Kräfte - wie der "Chefideologe" Andreas Mölzer und der Obmann der FPÖ-Jugend (RFJ) Gudenus. Dieses Treffen umfasste wesentliche Teile jenes Spektrums an rechtsextremen und faschistischen Kräften in Europa, die bemüht sind, in ihrem Auftreten zumindest die Grenze zur Legalität nicht permanent zu überschreiten. Gleichzeitig haben einige der teilnehmenden Organisationen, wie vor allem der Vlaams Blok/Belang, mit einem stark rassistisch geprägten Populismus, ähnliche Erfolge zu verzeichnen, wie die Haider-FPÖ in den 1990er Jahren. Das Treffen mündete in einer gemeinsamen Erklärung gegen Globalisierung, Zuwanderung und für "unveräußerliche Werte" wie das Christentum und soziale Gerechtigkeit. Ebenso soll ein gemeinsames Büro in Wien errichtet werden.

AUFSTIEG UND FALL DER HAIDER-FPÖ

Als Resultat der kapitalistischen Krise und des politischen Vakuums, welches die Verbürgerlichung der Sozialdemokratie in Europa hinterlassen hat, sind in den 1980er und 1990er Jahren rechtsextreme Kräfte zum festen Bestandteil des politischen Spektrums in Europa geworden. Am erfolgreichsten waren sie dort, wo sie - wie vor allem in Österreich - nicht nur auf bestehende historische Wurzeln zurückgreifen konnten, sondern sich als die besten Vertreter jenes neoliberalen Zeitgeistes profilierten, den die Medien und die übrigen politischen Kräfte damals ständig beschworen. Haider und Co. traten nicht nur als "Ausländer Raus"-, sondern auch als Antiverstaatlichten-, Antigewerkschafts- und Antisozial-

staatspartei auf, welche die Interessen des kleinen Mannes angeblich gegen diese "roten Moloche" verteidigte. Kaschiert wurde dieser rechtsextreme und neoliberale Populismus durch ein modernes Design, flotte Frisuren und medienwirksame Inszenierungen. Neben den konkreten Erfahrungen, dass die angeblichen Vertreter des kleinen Mannes sobald sie an der Regierung sind, die schlimmsten Abkassierer sind, ist inzwischen vom neoliberalen "Zeitgeist" nicht zuletzt durch die vielen Streiks und Arbeitskämpfe - auch in Österreich - der letzten Jahre wenig übrig geblieben. Was folgte waren ehemalige Protestwähler die in Scharen davon liefen und schließlich die Spaltung. Diese "FPÖ alt" ist mit ihrem Regierungseintritt zwar gescheitert - und mit ihr auch ein rechtsextremes Erfolgsmodell für andere Parteien in Europa. Doch im Gegensatz zu den bürgerlichen Medien haben wir den Rechtsextremismus nicht vorschnell tot geschrieben.

WANDLUNG DER FPÖ VON DER NEOLIBERALEN ZUR "SOZIALEN" HEIMATPARTEI?

Die FPÖ hat selbst in ihrer Geschichte mehrere Wandlungsprozesse durchgemacht: Bei ihrer Gründung war sie praktisch ausschließlich eine Partei (ehemaliger) Nazis, von Mitte der 60er bis Mitte der 80er Jahre war ihre Spitze um ein liberales Image bemüht und unter Haider agierte sie vor allem als rechtsextreme Protestpartei. In der FPÖ hat es stets einen Teil gegeben der deutlich von faschistischen Konzepten bzw. dessen traditionellen Milieu (Burschenschaften, Heimatverbänden etc...) geprägt wurde. Mit Mölzer und Volksanwalt Stadler ist dieser Teil wieder stärker ins Zentrum der Partei gerückt und bemüht sich um die "Re-Ideologisierung" der Partei. Nach außen wurde der neoliberale Populismus - ganz im "Zeitgeist" - stärker durch vordergründige Globalisierungs-Kritik ersetzt, die in Wahrheit freilich aus zum Teil

noch aggressiver rassistischer Hetze besteht.

OFFENE ENTWICKLUNG

Die künftige Entwicklung der FPÖ wird in erster Linie aber nicht durch sie selbst oder ihre Ideologen bestimmt, sondern durch verschiedene äußere Faktoren. Die FPÖ ist in Wirklichkeit eine Partei deren gesamte inhaltliche Armseeligkeit und organisatorische Schwäche im Grunde bereits durch die jämmerliche Gestalt ihres Obmanns repräsentiert wird, dem sich Mölzer, Stadler und Co. zudem haushoch überlegen fühlen. Derzeit eint diese Partei vor allem die Festlegung des in ihr verbliebenen Rests auf die Oppositionsrolle und die Tatsache, dass Strache dort Wahlen gewinnen kann, wo es keine Ansätze einer Alternative zu den "Etablierten"

gibt. Eine besondere - und in dieser Form neue - Gefahr, stellt darüber hinaus allerdings der Ansatz der "FPÖ neu" dar, weniger die Medien, sondern die "Strasse" bei Parteikundgebungen zu mobilisieren. Auch das EU-Volksbegehren, welches - im Gegensatz zu früher als Abgeordnetenunterschriften genügten - 10.000 Unterschriften zur Einleitung benötigt, ist ein Schritt in diese Richtung. Ebenso versucht die FPÖ - erstmals in ihrer jüngeren Geschichte - aus dem rechten Rand freiheitlicher Wählerschaft mittels Plakaten ("Jetzt beitreten"), offensiv "Fußvolk" für die Parteiarbeit zu rekrutieren. Gemeinsam mit einer, inzwischen als völkische Kadertruppe aufgezogenen Partejugend, könnte aus diesem rechten "Mob" künftig eine unmittelbare Bedrohung für MigrantInnen und Linke - z.B. bei Protesten gegen FPÖ-Veranstaltungen - entstehen. Die wesentliche Frage wird allerdings sein, ob die - organisierte - ArbeiterInnenbewegung noch einmal rechten Hetzern das Oppositionsfeld gegenüber der "etablierten Politik" überlässt und den Freiheitlichen die Chance gibt, ihren "Relaunch" umzusetzen. Demgegenüber stehen heute aber auch die Erfahrungen der Streikbewegungen der letzten Jahre, die zeigen, dass sozialer Protest sich auch ganz anders entladen kann, sowie Umfragen, die das Potential einer neuen "Linkspartei" in Österreich auf bis zu 20 Prozent einschätzen. Die SLP wird allerdings nicht darauf warten, dass der ÖGB handelt, sondern überall wo es ihr möglich ist, Initiativen gegen Sozialabbau, rechte Hetzer und für eine neue Linkspartei setzen.

Im Westen nichts Neues

Überflüge, Folter und Abschiebung!

von Albert Kropf, SLP Wien

Es ist erst ein paar Wochen her, als bekannt wurde, dass Flugzeuge mit zu folternden Gefangenen des US-Geheimdienstes (CIA) ohne Genehmigung über Österreich geflogen sind. Der große Aufschrei blieb aber vorerst von politischer Seite aus. Die Regierung versuchte das Thema auszusitzen bzw. tot zu schweigen - was angesichts des Ausmaßes misslang.

ALTE VERBÜNDETE DES TERRORS

Die offizielle (gespielte) Errüstung der europäischen Regierungen ist anscheinend groß. Kanzler Schüssel hat das Thema bei seinem Besuch beim US-Präsidenten angeprochen. Die EU fordert die lückenlose Aufklärung von den USA. Nur was sollen sie erfahren, was sie nicht schon wissen? Mittlerweile ist ans Licht gekommen, dass selbst EU-Regierungen von den

Praktiken und Vorgängen Bescheid wussten und sogar eingebunden waren. Und doch ist das alles nichts Neues. Während des Kalten Krieges operierten in ganz Westeuropa Geheimdienste im Auftrag ihrer Regierungen. In Österreich wurden in den 90er Jahren große, geheime Waffenlager entdeckt, welche der CIA angelegt hatte, um gegen eine ungenehme Regierung putzen zu können. In einer Wiener Wohnung wurden 1989 kurdische Oppositionsführer von Iranern erschossen und konnten anschließend unbekämpft ausreisen. Die Verstrickungen von Folter und Terrorismus sind selbst in Österreich nichts Neues.

FOLTER IN ÖSTERREICH

Deshalb ist der jetzige Aufschrei der Politiker fadenscheinig und heuchlerisch. Nach den Terroranschlägen von New York, Madrid und London wurden quer durch Europa die Staatsbürgerrechte

ausgehölt, die Geheimdienste aufgerüstet und teilweise polizeistaatliche Methoden eingeführt. Aber nicht nur das. Menschen, die vor Folter und Unterdrückung fliehen, werden durch die "verschärfeten" Asylgesetze in ganz Europa in die Illegalität gezwungen bzw. durch Abschiebung wieder an ihre Folterer ausgeliefert. Der Flüchtling Marcus Omufuma ist erstickt, weil er sich gegen seine Abschiebung wehrte und sein Mund deswegen mit Klebeband verpackt wurde. Auch Abschiebung ist Folter! Und dazu braucht es keine "illegalen" Überflüge, sondern dafür reichen ganz normale Linienflüge. Aber was kann von einer Regierung auch erwartet werden, deren Kanzler offen zugibt sich nicht an Geschwindigkeitsbegrenzungen zu halten, deren Finanzminister es selbst mit der Steuer nicht so ernst nimmt oder deren Verkehrsminister an seinen künftigen Arbeitgeber Betriebe verkauft - nichts, das hat sie wieder einmal bewiesen!



Von Hilfsschackln und Lohndrückern

Zur Lage der arbeitenden Zivildiener in Österreich

von Jan Rybak, SLP-Salzburg

Bis zur ZDG-Novelle 2001 bekamen Zivis rund EUR 11,30 / Tag, doch unter Ex-Innenminister Strasser wurde die fixe Vorschreibung der Höhe des Verpflegungsgeldes pro Tag auf "angemessene Verpflegung" geändert. Seither gibt es Streitereien, ab welchem Betrag Zivis "angemessen" verpflegt sind.

6 EURO PRO TAG!

Durchschnittlich bekommen Zivildiener pro Tag EUR 6,- Essensgeld. Mit dieser Bezahlung begehen die Trägerorganisationen offenen Rechtsbruch! Laut den Erkenntnissen des VfGh ist das Verpflegungsentgelt für Zivis an das Heeresgebührengebot gebunden - uns sollte also pro Tag ebensoviel zustehen wie Grundwehrdienern. Ihnen stehen pro Tag, an dem sie nicht in der Kaserne verpflegt werden, zur Zeit EUR 13,60 zu.

TRÄGERORGANISATIONEN
MITVERANTWORTLICH

Die Trägerorganisationen le-

ben zum Teil von der Ausbeutung von Zivildienern. Überstunden müssen erst abgegolten werden, wenn die Arbeitswoche 60 (!) Stunden übersteigt. Zu Diensten, die für normal Angestellte als Überstunden bezahlt werden müssten werden nun Zivildiener herangezogen - gratis. Nacht- und Bereitschaftsdienste müssen von Zivis ebenso abgeleistet werden wie von normal Angestellten. Es gibt Fälle von Zivildiener die elf Tage durcharbeiten. An Tagen, an denen der Zivi krank ist, bekommt er keine Naturalverpflegung und nur den normalen Tagessatz an Verpflegungsgeld. In der Salzburger Lebenshilfe beläuft sich dieser zur Zeit auf EUR 3,66 pro Tag! Dazu gibt es eine Naturalverpflegung (natürlich nur an Arbeitstagen) von normalerweise einer Mahlzeit pro Tag. Über den Zeitraum von zwölf Monaten berechnet werden uns also rund EUR 2.000 vorenthalten.

Nach dem neuesten Spruch des VfGh kam es zum Streit zwischen Trägerorganisationen und Innenministerium, wer denn das Mehr an Essensgeld nun bezahlen soll.

SKLAVENARBEIT FÜHRT ZU LOHNDRÜCKEREI

Zugespielt formuliert: Zivildienst ist zeitlich begrenzte moderne Sklaverei. Man hat kaum Rechte, man kann sich eine Stelle "wünschen", kommt aber dorthin wo es der Verwaltung passt, die Bezahlung ist skandalös (ich persönlich lebe z.Z. von 300 im Monat). Nicht ausgeführte Arbeitsaufträge könnten als Verstöße nach dem Militärstrafgesetz geahndet werden. Heute ist das nur theoretisch aber wie würde das bei einem Zivi-Streik ausschauen?

Zivi-Vetrauensmänner haben kaum Rechte. Wo sind da die Gewerkschaften? Zivildiener werden als Lohndrücker eingesetzt, da ihnen praktisch nichts bezahlt werden muss (und die Trägerorganisation sogar Steuergelder für die Beschäftigung der Zivis erhält). Daher ist es notwendig, dass sich "normale" Angestellte und Zivildiener zusammen-

Jan Rybak ist zur Zeit Sprecher der Zivildiener und bei der Lebenshilfe in Salzburg eingesetzt

Von Lückenbüßern und Kollegen

Erfahrungen & Einschätzungen aus BetreuerInnen-Sicht

von Michael Gehmacher,
SLP Wien

Die täglichen Erfahrungen mit Zivildienern sind recht unterschiedlich. Sie reichen vom frustrierten Jugendlichen, dessen Dienst darin besteht, sich auf der Couch der Behinderten-WG von den Strapazen der letzten Nacht zu erholen, bis zum fast vollwertigen Teammitglied, das schwierige Krisensituationen von KlientInnen alleine meistert. Die Kluft Zivildiener/BetreuerInnen wird leider größer. Viele Zivildiener sind frustriert. Zu Recht. Seit der ZDG-Novelle 2001 ist Ausbildung bzw. Berufsantritt defacto kein Grund den Zivildienst aufzuschieben. Dazu die Essensgeldkürzung. Mangels starker Zivildiener-Protestbewegung gehen viele Zivildiener in eine innere Verweigerungshaltung (Der Kauf eines Liters Milch kann da schon mal 3 Stunden dauern), mit der sich dann BetreuerInnen herumschlagen müssen.

Trotz alledem: Zivildiener leisten extrem wertvolle (aber fast unbezahlte) Arbeit. Beispiel Jan: Er holt KlientInnen

mit dem Bus zu Hause ab. Ein professioneller Fahrdienst oder einE normaleR FahrerIn käme der Salzburger Lebenshilfe wesentlich teurer, obwohl die Bezahlung in diesem Gewerbe mies ist. Beispiel EDV: Es gibt in Wien mehrere Sozialvereine wo alle mit einer EDV arbeiten, die von (oft computerbegeisterten) Zivildienern maßgeblich mitgestaltet wurde. Dazu kommt noch die normale Arbeit.

GEMEINSAM FÜR VERBESSERUNGEN

Die Basis der Spaltung liegt (ähnlich wie bei ImmigrantInnen) in der Ungleichbehandlung. Jan spricht die Arbeitszeit an. Zivildiener werden eingesetzt um Überstunden der regulären Belegschaft zu sparen. Hier besteht ein großes gemeinsames Interesse und eine Möglichkeit gemeinsam zu kämpfen! Für Zivildiener wäre eine 40-Stundenwoche und eine Überstundenregelung ein großer Fortschritt. Keine 50-60-Stundenwoche, weniger spontane Arbeitseinsätze (Anruf des Leiters: "Der Zivi bleibt heute länger, der Maier ist

krank"). Eine klare Überstundenregelung brächte nicht nur mehr Freizeit und Geld sondern auch mehr Schutz vor überfallsartigen Diensteinteilungen. Zivildiener, BetreuerInnen, BetriebsräteInnen und Gewerkschaften müssen gemeinsam für mehr Geld kämpfen. Es ist absolut positiv wenn Zivildiener jetzt die Möglichkeit haben, ein höheres Essensgeld zu bekommen. Das notwendige Geld darf aber nicht bei den Gehältern der Stammbelegschaft fehlen! Jetzt müssen alle gemeinsam für zusätzliches Geld von Bund und Ländern kämpfen.

Es wäre die Aufgabe von ÖGB und Gewerkschaftsjugend, die Debatte ums Essensgeld zu nutzen, um eine Bewegung für mehr Geld und gleiche Rechte von Zivildienern und BetreuerInnen aufzubauen. Kämpferische Zivildiener-Vertreter und BetriebsräteInnen sollten dazu einen Anstoß geben. Die SLP ist dazu bereit.

Michael Gehmacher war Zivildiener und ist heute Behindertenbetreuer und Betriebsrat beim ÖHTB, Wien.

ÖGB = SPÖ und ein bissel ÖVP?

Warum es längst überfällig ist, einen seltsamen Zustand zu ändern

von Florentin Döller,
SLP Wien

100 Prozent des ÖGB-Präsidenten (oberste Spitze), 90 Prozent des Vorstandes, aber weniger als die Hälfte der Mitglieder der Gewerkschaften fühlen sich einer der beiden grossen Fraktionen FSG (Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen) und FCG (ChristgewerkschafterInnen) zugehörig. Doch auch fraktionsintern ist das Bild keineswegs einheitlich: Während die jeweiligen Fraktionsspitzen ein enges Verhältnis zur neoliberalen SPÖ, bzw. ÖVP-Spitze pflegen, stellen immer mehr Betriebsräte und Basisfunktionäre diese enge Bindung in Frage.

SOZIALPARTNERSCHAFTLICHES RELIKT

Die Struktur des ÖGB ist ein Überbleibsel aus der Zeit der Sozialpartnerschaft. Bis auf die "Gewerkschaft öffentlicher Dienst" waren alle Gewerkschaften seit jeher von der SPÖ dominiert, die ÖVP



bekam dafür immer auch ein paar Posten (z.B. den Vizepräsidenten) und eben die Kontrolle bei den Beamten. Über die beiden Großparteien saßen zahlreiche ÖGB-Spitzenleute im Parlament. Gleichzeitig stellt der ÖGB (und die AK) bis heute über die Förderung der Gewerkschaftsfunktionen aus Mitgliedsbeiträgen

NAHEVERHÄLTNIS ZUR NEOLIBERALEN SPÖ

Während früher dutzende Leute aus dem Gewerkschaftsapparat im Parlament saßen,

einen wesentlichen Teil zur zumindest indirekten Finanzierung der Großparteien dar - vor allem natürlich der SPÖ. sind es heute im Grund nur mehr Renate Csörgits (SPÖ - ÖGB-Frauenvorsitzende), Fritz Verzetsnitsch (SPÖ - ÖGB-Präsident), Richard Leutner (SPÖ - leitender Sekretär) und Fritz Neugebauer (ÖVP - GÖD-Vorsitzender). Alleine daran ist zu erkennen, dass der parlamentarische Einfluss des ÖGB - vor allem

längst ein Hemmschuh für eine zukunftsorientierte Gewerkschaftspolitik geworden.

WOHIN MIT DEN GEWERKSCHAFTSBEITRÄGEN?

Die SLP ist für politische Gewerkschaften - aber für eine andere Gewerkschaftspolitik! Deshalb wollen wir eine offene Diskussion im ÖGB über die politischen Kriterien und Maßstäbe die es aus Gewerkschaftsperspektive sinnvoll machen, bestimmte politische Kräfte oder Einzelpersonen z.B. bei Wahlkämpfen zu unterstützen. Nur wer die Interessen der ArbeitnehmerInnen vertritt und selbst keine Privilegien beansprucht verdient das Geld der Gewerkschaftsmitglieder! Um eine entsprechende Verwendung zu kontrollieren, soll die Basis selbst auf örtlichen und regionalen Konferenzen darüber entscheiden können, welche politischen Kräfte oder Personen subventioniert werden sollen.

Gegen das Europa der

Von Franz Breier jun., SLP Wien

Am 1. Mai 2004 wurde vielerorts gefeiert. Die EU-Erweiterung, vorwiegend um Ländern Osteuropas, sollte Wohlstand für alle bringen. Doch die Erwerbslosigkeit steigt weiter an, Lohn- und Sozialdumping bedroht die Existenz von Millionen Menschen. Hingegen ziehen viele Unternehmen eine völlig andere Bilanz. Eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammtags (DIHK) fasst zusammen: "Je größer die Unternehmen, umso positiver wird die Erweiterung gesehen." (v.a. Handelsketten, Banken und Versicherungen, generell auslandsorientierte Branchen). Als Hauptvorteile der Erweiterung gaben viele "Geringere Kosten der

Ländern haben sich 2005 reduziert, insbesonders in Polen und Ungarn. Es kann im Kapitalismus kein "gleichberechtigtes Europa" existieren: Der Finanzsektor in allen östlichen EU-Mitgliedsländern wird vor allem von österreichischen, italienischen, belgischen und deutschen Banken kontrolliert. Ein weiteres Element in diesem Abhängigkeitsverhältnis sind die ausländischen Direktinvestitionen, die fast ausschließlich aus den imperialistischen EU-Ländern kommen. Doch auch im Westen steht's nicht besser; das versprochene Wachstum bleibt aus. Die gegenwärtig vorhergesagten 2 % bedeuten unter dem Strich ein Gleichbleiben der Wirtschaftsleistung, somit Stagnation.

ein gewaltiger Riss zwischen "altem und neuem Europa" (Britannien und Polen gegen Frankreich und Deutschland), verhält es sich in Budget-Fragen eben ganz anders. Das Projekt der Ausdehnung der EU ist ein Versuch der Herrschenden, der Konkurrenz des US-Imperialismus sowie Chinas besser entgegenzuhalten. Die moderne Wirtschaft ist der Zwangsjacke des Nationalstaates längst überdrüssig. Gleichzeitig brechen nationalistische Tendenzen immer stärker auf. Führende bürgerliche Politiker betonen deutlicher als früher die "eigenen" gegenüber den "europäischen" Interessen. Diese Einstellung kommt selbst bei den Spitzen der EU zum Vorschein. Kommissionspräsident Barroso verknüpfte die Budget-Streiterei mit einer In-

zu, dass auch rechtsextreme Hetzer versuchen, die Lage auszunutzen. Das rassistische FPÖ-Volksbegehren "Österreich bleib frei" ist das beste Beispiel. FP-Chef Strache gibt dazu auf seiner Homepage an: "Das Volksbegehren verfolgt drei Ziele: Die Bewahrung der österreichischen Neutralität, die Vereitelung des EU-Beitritts der Türkei und die Abwehr der EU-Verfassung in der vorliegenden Form." Die FPÖ versucht die Schuld für soziale Probleme auf Menschen in anderen Ländern zu schieben. Die Anti-Türkei-Hetze der FPÖ richtet sich keineswegs gegen die dort stattfindenden Menschenrechtsverletzungen gegen linke AktivistInnen und Minderheiten wie die KurdInnen. Auch ist die FPÖ immer schon eine militaristische und keine Friedens-



Geschäftsabwicklung", "Wegfall von Investitionshemmnissen" sowie "Wegfall von Zöllen und Handelsbeschränkungen" an. Viele Manager sehen die Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedsländern als Faktoren an, um "Lohnkosten zu senken" und den "Fachkräftemangel in Deutschland auszugleichen".

STEUERWETTLAUF

Mit der Osterweiterung beschleunigte sich der Wettkampf, um die niedrigsten Unternehmersteuern. Die Slowakei begann 2004 mit einer 19 %-Flat-Tax. Es gab in Folge in mehreren Ländern Kürzungen der Körperschaftssteuer. In Bulgarien (Kandidat für 2007) liegt sie schon bei extrem niedrigen 15 %. Österreich folgte 2005 mit einer Reduktion von 34 auf 25 Prozent, was in Deutschland entsprechende Unternehmerwünsche anheizte. So wie die Unternehmersteuern gesenkt werden, drückt die wachsende Armut auch auf die Löhne in Ost und West. Slowakische Löhne liegen bei unter 20 % jener Westeuropas. Lohnabhängige, Erwerbslose und Gewerkschaften sind in Ost und West die VerliererInnen. Schon vor der Osterweiterung war bekannt, dass selbst von hohen Wachstumsraten ausgegangen, die osteuropäischen Länder in Jahrzehnten nicht aufschließen werden können. Doch selbst die teils überdurchschnittlichen Wachstumsraten in manchen osteuropäischen

BUDGET-KRISE

In den letzten Wochen war viel vom Streit um das EU-Budget zu hören. Diese Krise ist seit der Osterweiterung nicht gemildert worden. Die Ablehnung der neoliberalen und militaristischen EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden verschärften die Lage für die Herrschenden weiter. Der britische Außenminister Jack Straw veröffentlichte kürzlich den Budget-Vorschlag und erntete viel Empörung. Was war geschehen? Britanniens schlug ein Sparbudget vor, das an zwei Punkten ansetzt, die arme Länder doppelt treffen: erstens direkt bei den Zahlungen an die neuen und osteuropäischen Länder sparen (14 Mrd. EUR), sowie die Agrarsubventionen zusammenstreichen (ca. 8 Mrd. EUR). Die EU ist seit langem in der Agrarfrage gespalten. Den sogenannten Nettozahlern rund um Deutschland steht in dieser Frage der Block unter Führung Frankreichs (und seit der Osterweiterung der meisten neuen Länder) entgegen. Schon der letzte Gipfel scheiterte aufgrund dieser Frage. Ob der britische Ratsvorsitz den Budgetvorschlag nun taktisch klüger anlegen hätte können, sei dahingestellt. Klar ist, dass es immer schwieriger werden wird, die verschiedenen nationalen kapitalistischen Staaten unter einen Hut zu bringen. Schnell dreht sich heutzutage das Karussell von Verbündeten und Gegnern: Zog sich der Frage des Irak-Kriegs 2003

fragestellung der geplanten Beitrete von Rumänien und Bulgarien 2007.

BEITRITSDEBATTE UM DIE TÜRKEI

Das unwiderrufliche Ende der EUphorie der 1980er und 90er bekommt derzeit die Türkei am härtesten zu spüren. Wurden die Pläne der Integration noch in jener Zeit gefasst, kippt ein immer größerer Teil der nationalen kapitalistischen Politik zu einer anderen Betonung. Und umgekehrt: Finden die europäischen kapitalistischen Länder nicht zu einer geschlossenen Linie im Kampf mit USA und Asien (speziell China), dann wird die Rolle jedes einzelnen imperialistischen Landes wie Deutschland, Frankreich und Britanniens auf der Weltbühne schwächer. Es ist kein Zufall, dass nicht nur rechtsextreme Kräfte die Klingen ihrer Anti-EU-Propaganda wetzen. Auch in den traditionellen bürgerlichen bzw. ehemals sozialdemokratischen Parteien taucht immer öfter der Ruf nach mehr "nationaler Politik" auf. Doch diese nationale Politik ist aus Sicht der ArbeiterInnen nicht die Alternative zur EU. Denn auch sie bedeutet Sozialabbau und Lohndumping. Ändern würde sich lediglich einiges im Bereich protektionistischer Maßnahmen. Die Illusion einer Abschottung vom europäischen und darüber hinaus vom Weltmarkt wird geschaffen. Das birgt eine Reihe von Widersprüchen, auch innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft selbst. Verschiedene Unternehmen haben unterschiedliche Bedürfnisse in Fragen von Import und Export, Zöllen und anderen Handelsbarrieren, Rechtssicherheit auf nationalem Boden und dem Drang nach uneingeschränktem "Freihandel". Darüber hinaus blicken die etablierten und rechtsextremen Parteien immer auch auf die nächsten Wahlen. Populistische Zwischenfälle sind ebenso nötig, wie die Präsentation gegenüber der Wirtschaft als seriöse, verlässliche "Pro-Europa-Partei". Gegenwärtig spielt die ÖVP dieses Spiel am ausgeklügeltesten und die FPÖ am erbosten.

DAS FPÖ-VOLKSBEGEHREN

Die sozialen Probleme führen in Verbindung mit der Krise und der Unbeliebtheit der EU da-

partei gewesen. Doch all das zählt nicht. Sie kann diesen Spagat schaffen, weil es erstens keine starke ArbeiterInnen-Partei gibt, die die richtigen Antworten auf die Krise gibt und zweitens, weil die Pro-EU-Politik der etablierten Parteien in weiten Teilen der Bevölkerung – völlig zurecht – abgelehnt wird. Geradezu in anderen Sphären schweben die Grünen: Bundessprecher Van der Bellen meint ernsthaft: "Wenn es die EU nicht gäbe, müsste man sie neu erfinden." Strache hat es leicht bei solchen Gegnern. Bereits im November 2004 schrieb das **VORWÄRTS**: "Die rechtsextreme Anti-Türkei-Politik dient nicht dazu, den Lebensstandard der österreichischen ArbeiterInnen zu verteidigen oder zu verbessern. Im Gegenteil ist die Politik der FPÖ praktisch darauf ausgerichtet, diesen diesen drastisch zu senken. Ein solches Volksbegehren würde daher zur Stärkung der FPÖ und des Rassismus führen. Es würde eingesetzt werden, um von der Verantwortung der FPÖ für den Sozialabbau in Österreich abzulenken. Gegen eine solche Hetze, wie auch gegen den Sozialabbau, der sie verstärkt, ist gemeinsamer Widerstand von österreichischen, türkischen, kurdischen, alewischen ArbeiterInnen und Jugendlichen notwendig." Der SLP-Standpunkt zur Türkei-Frage hat durch die Entwicklung der letzten Monate an Bedeutung gewonnen: "Wir SozialistInnen haben zur Frage EU-Beitritt der Türkei eine differenzierte Position. Wir sind nicht reflexartig "dafür", weil die rechten "dagegen" sind, sondern versuchen bei den jeweiligen Kampagnen – für oder gegen den Beitritt – aufzuzeigen, was dahinter steckt. Wir stellen den diversen bürgerlichen Standpunkten eine sozialistische und internationalistische Position entgegen. Wichtig ist es, die Hintergründe zu erklären und die Auswirkungen. Keineswegs würde sich die soziale Situation der türkischen ArbeiterInnen und BäuerInnen verbessern. Die Regierung in Ankara ist bereit, alle neoliberalen Angriffe durchzuführen und von den EU-Agrarsubventionen haben die Klein- und KleinstbauernInnen nichts (wie sich z.B. in Polen im Zuge der Osterweiterung gezeigt hat). Sozialabbau und Subventionskürzungen in anderen Staaten werden nicht in erster Linie das Ergebnis eines Beitritts der Türkei sein, sondern einer neoliberalen Politik, die Sozialstaaten zerschlagen, öffentli-

NEIN zur Festung Europa!

Da Österreich im Jänner die EU-Präsidentschaft übernimmt, werden wir auch mit vielen Gipfeln beglückt, an denen die EU-Granden Champagner schlürfend sich die nächsten Boshäufigkeiten – sprich Angriffe gegen die ArbeiterInnenklasse, MigrantInnen, Jugendliche etc. ausmachen. Salzburg hat mit dem Außenministergipfel im März 2005 wohl das große Los gezogen. Hier soll der weitere Ausbau der Festung Europa, gemeinsamer Kampf gegen Flüchtlinge, die aus ihrer Heimat vor Krieg, Not und Unterdrückung geflohen sind, beraten werden. Jedes Jahr sterben hunderte afrikanische Flüchtlinge bei dem Versuch nach Europa zu gelangen. Die meisten Flüchtlinge werden, wenn sie von ihren Schleppern an Land gebracht wurden, verhaftet, in Flüchtlingslager gesperrt und nach Schnellverfahren wieder in die Heimat zurückeskortiert.

Nein zur Festung Europa, Nein zum Europa der Banken und Konzerne. Für das Bleiberecht für alle Flüchtlinge und deren absolute rechtliche und soziale Gleichstellung. Gegen die Ausbeutung der neokolonialen Welt durch europäische Konzerne, die Krieg und Not verursachen. Leisten wir Widerstand!

Banken und Konzerne!

che Dienste privatisieren und die Rechte der ArbeiterInnen einschränken will. Die EU wird den Aufbau moderner Fabriken (mit vielen Maschinen und wenig Arbeitskräften) in der Türkei subventionieren, mit denen dann die ArbeiterInnen in ganz Europa erpresst werden, niedrigere Löhne zu akzeptieren. Nicht die türkischen ArbeiterInnen sind schuld, sondern der Kapitalismus und seine Nutznießer."

GEFAHR "DIENSTLEISTUNGSVERORDNUNG"

Die bevorstehende Dienstleistungsverordnung bringt das sogenannte "Herkunftslandprinzip" mit sich. Es bedeutet die Freigabe aller Dienstleistungen, wobei die arbeitsrechtlichen

weiter verschärfenden Sozialkonflikte reagieren und organisiert entsprechend antworten. "Die Zustimmung zum Herkunftslandsprinzip im Binnenmarktausschuss des Parlaments kann das europäische Sozialmodell ins Wanken bringen", so Wolfgang Katzian. Dem folgt ein Brief ans Christkind: "Jetzt ist die österreichische EU-Präsidentenschaft gefordert, eine Lösung zu finden, die den Befürchtungen der Bevölkerung gerecht wird." So wird man diese Verschlechterung nicht verhindern. Erstens ist das sogenannte "europäische Sozialmodell" größtenteils bereits sturmreif geschlossen. Zweitens vertrauen die Spalten der Gewerkschaften einschlägigen Sozialabbauern und Freunden des Sozialdumpings, namentlich Schüssel und Barten-

kapitalistischen Politik ausgegebene Maßstab: "Mit jeder Erweiterung entfernt sich die EU von ihrem eigenen Ziel zum stärksten Wirtschaftsraum der Welt mit mehr und besseren Arbeitsplätzen zu werden". Er ist offensichtlich fest der Überzeugung, es gäbe eine Parallel-EU, eine andere, eine soziale EU. Diese EU der ArbeitnehmerInnen hat nur einen kleinen Schönheitsfehler: Es gibt sie nicht wirklich.

EIN ANDERES EUROPA KANN NUR GEGEN DIE EU ERKÄMPFT WERDEN!

Für die SLP steht außer Frage: Es ist nötig, dass Gewerkschaftsbewegung und sozialistische Kräfte einen Entwurf für ein wirklich anderes

grenzüberschreitende Kämpfe geführt. Die Lähmung der Gewerkschaften muss überwunden und durch eine internationalistische und kämpferische Politik ersetzt werden. Weder mit den EU-Bürokraten noch mit jedwedem österreichischen Sozialabbau-Regierung kann es hierbei eine Zusammenarbeit geben. Stattdessen braucht es noch vor dem Jänner 2006 eine bundesweite Konferenz, am besten mit internationaler Beteiligung, wo GewerkschaftsaktivistInnen, Betriebsräte und andere KollegInnen einen Plan ausarbeiten, mit welchen Maßnahmen die Dienstleistungsverordnung bzw. deren Umsetzung gestoppt werden könnte. Nur ein wirklich vereinigtes Europa kann mithelfen, eine Welt ohne Ausbeutung und Kriege zu schaffen.



und Sozial-Standards jenes Landes gelten, aus dem die jeweilige Firma kommt. Das bedeutet natürlich Verschlechterungen für Beschäftigte und KonsumentInnen. Es soll auch die Sozialversicherung, Gesundheitswesen, Bildung und die öffentliche Infrastruktur (Verkehr, Wasser, Müll) umfassen. Wie bereiten sich angesichts dieser Gefahr die Spalten der österreichischen Gewerkschaften sich und uns darauf vor? Auf der ÖGB-Homepage geben ÖGB-Chef Verzetsnitsch und GPA-Vorsitzende Katzian die Marschroute aus. Zum drohenden Herkunftslandprinzip sagt Verzetsnitsch: "Wir werden weiterhin alles unternehmen, um der EU einen Sozialkonflikt zu ersparen". Die SLP meint: Wir müssen auf die leider existierenden und sich

stein. Letzterer hatte sich kürzlich wieder offen für einen "Steuerwettbewerb" (= Geschenke für Unternehmer) ausgesprochen. Mit geradezu überheblicher Gelassenheit verkündet die ÖGB-Führung sodann: "Entschieden wird erst in der Jänner-Sitzung des EU-Parlamentes." Mit Verlaub, das ist in wenigen Wochen. Überdies haben die EU-Abgeordneten im Binnenmarktausschuss der Verordnung bereits zugestimmt! Was hören wir dazu von der Arbeiterkammer (AK). Der derzeitige Chef Tumpel fordert "Weg mit dieser Dienstleistungsrichtlinie." Doch der AK-Chef analysiert weiters: "Die europäische Wirtschaftspolitik hat in den letzten Jahren fast ausschließlich Deregulierungs- und Liberalisierungsziele verfolgt." Für ihn zählt der von der

"Europa von unten" geben. Unserer Meinung nach muss es bei folgenden Punkten ansetzen: In den Versuchen, Belegschaften und Standorte gegeneinander auszuspielen, ist sich das europäische Kapital einig. Der Europäische Gewerkschaftsbund hätte die Aufgabe, eine internationalistische Herangehensweise und Arbeit gegen Standortlogik und erpresserisches Sozialdumping zu organisieren. Wir brauchen ein Projekt des gemeinsamen Kampfes von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen in und außerhalb der EU. Es ist auch unsere Verantwortung, dabei die national-chauvinistische Propaganda z.B. einer FPÖ zu überwinden. Möglichkeiten für solche Kämpfe hat es in der Vergangenheit schon gegeben und ArbeiterInnen haben auch schon

fen. Die Profitlogik des Kapitalismus verhindert dies. Eine echte Vereinigung kann nur auf Basis einer grundlegend anderen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung erfolgen. Angesichts der generellen Zunahme von sozialen Protesten und Arbeitskämpfen brauchen die verschiedenen Bewegungen wieder eine Perspektive, die sich nicht von den Vorgaben der herrschenden Politik einschränken lässt. Wir treten daher gemeinsam mit den Schwestersektionen des Komitees für eine ArbeiterInnen-Internationale (CWI/KAI) für eine Föderation der sozialistischen Staaten von Europa als echtes Friedens- und Wohlstands-Projekt ein.

"Die ArbeiterInnenklasse wird niemals von Rechten vertreten werden."

Warum die Ablehnung gegenüber der EU in der ArbeiterInnenklasse steigt und Nationalismus keine Alternative ist

Von Herbert Wanko, SLP Wien

Eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft besteht seit mittlerweile über 50 Jahren. War sie anfänglich nur eine Gemeinschaft weniger Staaten und beschränkte sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf Kohle und Stahl (EGKS) und später auf Kernenergie (EURATOM), so wurde sie bald größer und umfasst mittlerweile 25 Staaten mit 455 Mio Einwohnern, die das wirtschaftliche und politische Überleben der kapitalistischen Machtträger gewährleisten sollen. (Plus 30 Mio der nächsten Beitrittskandidaten Rumänien, Bulgarien und Kroatien.)

IST EIN KAPITALISTISCHER EUROPÄISCHER GESAMTSTAAT ÜBERHAUPT REALISTISCH?

Diese Frage ist wohl eindeutig mit NEIN zu beantworten. Die Profit- und Machtgier der einzelnen Mitgliedsstaaten verhindert dies. Die Mächtigen haben selbst zu viel Angst vor Machtverlust. Zum Beispiel scheiterte schon 1954 eine Erweiterung der Zusammenarbeit am Veto Frankreichs zur Wiederbewaffnung Deutschlands. Es gibt praktisch kaum "europäische" Einigungen in den vielen Bereichen, die

debattiert werden. Herausragendes aktuelles Beispiel ist der klägliche Versuch einer gesamt-europäischen Verfassung. Lobbyismus spielt eine große Rolle. Beispielsweise setzt sich die Fräckerlobby gegen die Interessen der Tourismuslobby durch.

EINIGKEIT HERRSCHT NUR IN DEM PUNKT

Nämlich auf wessen Kosten die kapitalistische Krisen beseitigt werden sollen: auf Kosten der ArbeiterInnenklasse. Mit der Osterweiterung hat die EU – wie schon früher mit der Aufnahme von Spanien, Portugal, Irland und Griechenland – weitere 35 Mio. billige Arbeitskräfte requirierte, und demnächst kommen noch weitere 15 Mio dazu, auf die schon jetzt zugegriffen wird. (Die Zahlen entsprechen in etwa der Hälfte der Einwohner.) Ziel ist es natürlich nicht, den "armen" neuen EU-Bürgern Arbeit zu geben und ihnen ein besseres Leben zu ermöglichen, wie das gerne vorgegaukelt wird. In Wahrheit werden die neuen Mitgliedsstaaten im Rahmen des EU-Projekts nie das Niveau von "Kerneuropa" erreichen. Trotzdem kann der Unterschied immer geringer werden. Jedoch nicht, weil das Niveau im Osten steigen wird, sondern weil das Niveau in den "alten"

EU-Staaten sinken wird. Der Konkurrenzkampf, dem die ArbeiterInnen im kapitalistischen System seit dessen Bestehen permanent ausgesetzt sind, wird durch die Drohungen der Unternehmen, in Länder mit niedrigem Lohnniveau abzuwandern, noch verschärft. Die Folge davon ist, dass die Löhne gedrückt werden, weitere Angriffe auf ArbeiterInnenrechte wie Arbeitszeitverlängerung, Aufhebung des Kündigungsschutzes, Nichtbezahlung von Krankenständen – um nur einige davon zu nennen – zu erwarten sind. Zusätzlich wird Anpassung nach unten durch Steuerverschiebungen – Reiche zahlen weniger – dafür wird bei den ArbeiterInnen mehr geholt – sowie weiteren massiven Sozialabbau vorangetrieben.

VERSTÄRKTE ABLEHNUNG

All das führt zu verstärkter Ablehnung bzw. Gleichgültigkeit gegenüber der EU. Diese Stimmung zeigt sich in nur 45 % Wahlbeteiligung (in Polen nur 20 %) bei der letzten EU-Wahl, sowie der Ablehnung der EU-Verfassung. Rechte Gruppen nützen diese Ablehnung, wie die Existenzängste der ArbeiterInnen aufgrund des wirtschaftlichen Chaos, in dem wir uns befinden, um zu polarisieren und

rassistische Stimmung zu machen. Sie starten immer wieder Initiativen, die scheinbar die Verbesserung der Situation der ArbeiterInnen zum Ziel haben. Jedoch würden solche Forderungen nicht durchgesetzt werden, sondern sie werden zur Stimmungsmache verwendet um die Rechten zu stärken.

Die ArbeiterInnenklasse wird niemals von Rechten vertreten werden.

Jedoch kann eine starke ArbeiterInnenbewegung mit Gewerkschaften, die nicht als Handlanger des Kapitals fungieren, die einzelnen Regierungen zur Auflehnen gegen Brüssel zwingen. Deshalb muss die ArbeiterInnenklasse gestärkt werden, müssen "echte" ArbeiterInnenvertretungen entstehen, damit ein eventueller künftiger Zusammenbruch der EU – wer kann das ausschließen (?) – nicht dazu führt, dass von einem ins nächste kapitalistische System gewechselt wird. Und es darf KEINE – auch nicht punktuelle – Unterstützung von rechten Initiativen geben, selbst wenn sie in Worten ebenfalls "EU-Kritik" formulieren.

VENCEREMOS!

“Freundschaft” im Rabenhof

Eine diskussionswürdige Abrechnung mit der Sozialdemokratie.

von Michael Gehmacher

Freundschaft ist ein Zweipersonen-Stück: Ein Vater-Sohn-Konflikt am Vorabend eines Begräbnisses. Vom Familienstreit geht's schnell ans Eingemachte: die politische Situation in Österreich im Allgemeinen und die SPÖ im Besonderen. Begraben wird nämlich der Pepi-Onkel, und der war durch und durch Sozialdemokrat. Mehr noch: Er war Schutzbündler, Februarkämpfer, und mit 100 % gewählter Personalvertreter an seiner ÖBB-Dienststelle. Einer jener Menschen, die in einer Zeit, als die SPÖ noch eine ArbeiterInnenpartei war, die Schlagkraft dieser Partei ausmachten. Einer jener kleinen Funktionäre, von denen es in den 70ern noch zehntausende gab, die in Gemeindebauten, Betrieben und Pensionistenwohnheimen unermüdlich für die SPÖ aktiv waren. Menschen die – trotz vieler politischer Enttäuschungen – durch ihre Arbeit als Parteikassiere, Hausvertrauenspersonen oder als Betriebsräte tausende SPÖ-Mitglieder und WählerInnen bei der Stange hielten. Bis man den 1980er Jahren begann diese Basisstrukturen zugunsten eines Medienapparates abzubauen, der die neoliberalen Politik der Vranitzky- und Klimämära als neues sozialdemokratisches Credo verkaufen sollte.

EIN DENKMAL FÜR EINEN TOTEN

Freiwillig oder unfreiwillig wird mit “Freundschaft” diesen Menschen ein Denkmal gesetzt – und damit einer Partei, die es so nicht mehr gibt. Und das Stück scheint (zumindest in Wien) die Seele eines Teiles dieser verlorenen Basis zu treffen. Die BesucherInnen

nenzahl liegt weit über den Erwartungen, der angelaufene CD-Verkauf läuft gut. Und ein Blick in den Zuschauerraum zeigt, dass sich auch viele ältere SPÖ-Mitglieder von dem Stück angezogen fühlen. Umso trauriger ist es, dass viele zentrale Fragen nur oberflächlich

Problems vorbei. Hat der Aufstieg der FPÖ in den 90ern seine Ursachen wirklich nur in der Politik der Kärntner SPÖ oder des Innenministers Schlägl, den der Vater – genial gespielt von Erwin Steinhauer – als Purkersdorfer Bürgermeister beerben will? Die Rolle der

zung des Sohnes (der hat nämlich eine Werbeagentur) es doch noch schafft Bürgermeister von Purkersdorf zu werden. Purkersdorf wird dann für einen kurzen Traum zum SP-Paradies: Es gibt Umverteilung, Arbeit, kulturelle Vielfalt usw. – und vor allem die SPÖ ist erfolgreich. “Man muss es nur wirklich wollen”, meinen Vater und Sohn sinngemäß auf die Frage, wie sie das gemacht haben. Ist das die Botschaft der Autoren (Rupert Henning und Florian Scheuba) an die SPÖ? Ist das Problem der SPÖ wirklich, dass sie nicht will? Die Frage, ob die SPÖ heute noch eine ArbeiterInnenpartei ist, bleibt unbehandelt. Eine Frage, die sich Steinhauer wohl selbst als erfolgreicher SPÖ-Kandidat für den ORF-Publikumsrat stellen muss.

NEUE POLITISCHE WELLE IN DER KULTUR?

Das Theaterstück schwimmt – und das ist positiv – auf einer allgemeinen Politisierungswelle, die man derzeit im österreichischen Film und Theater bemerken kann (siehe Spiegelgrund, 3 von 5 Millionen, Working Men’s Death, Operation Spring, We feed the World, Artikel 7, usw.). Im Programmheft werden sogar Bücher zum Thema Sozialdemokratie empfohlen. Freundschaft hat witzige Dialoge und ist gut gespielt. Es ist absolut sehenswert, aber es ist absolut wichtig sich in die dadurch entstandene SPÖ-Diskussion einzumischen.

FREUNDSSCHAFT

mit Erwin Steinhauer und Rupert Hennig – zur Zeit im Wiener Rabenhoftheater
www.rabenhof.at



behandelt werden. Da ist z.B. das Verhältnis zur FPÖ. Im Stück erfahren wir zwar, dass der “Pepi-Onkel” immer nach Kärnten auf Urlaub fuhr. Und das der Sohn (gespielt von Rupert Henning) bitter enttäuscht vom “Pepi Onkel” war. Denn als junger Mensch wurde er (wie oft bei solchen Familienurlauben üblich) zum mittrinken mit den Erwachsenen verpflichtet. Dabei erlebt der junge Mensch wie die Kärntner SPler im Vollrausch erklären, dass “national” und “sozialistisch” eigentlich zusammen gehören. Der antifaschistische Onkel schweigt zu den braunen Triaden seiner Kärntner Genossen. Der Dialog ist zwar lustig, geht aber am Kern des

SPÖ in den späten 80ern und frühen 90ern bei Sozialabbau und rassistischer Ausländerpolitik wird – leider – fast gar nicht angesprochen. Die Frage, wie es zur großen SPÖ-Niederlage 1999 kam, wird mit witzigen Dialogen gut umschiff. Auch die Rolle der SPÖ bei der Zerschlagung der Verstaatlichten bleibt unbehandelt. Denn bei der wirklichen Analyse des Zustandes der SPÖ bleibt das Stück leider sehr unkongret.

PURKERSDORF ALS SOZIALISTISCHES PARADIES

In einem kurzen Epilog erfahren die ZuschauerInnen, dass der Vater mit Unterstüt-

Nicht bloß gute Vorsätze...

Anlässlich des Jahreswechsels werden viele Menschen gute Vorsätze fürs neue Jahr fassen. Gesünder leben, sich mehr um Opa kümmern... ein “besserer Mensch” werden. Klar gibt es den inneren Schweinehund – aber an vielen der “Schweinereien” kann der/die einzelne nichts ändern. Angesichts von Gift- und Schadstoffen im Essen ist gesünderes Essen schwer (bzw. teuer). Der Besuch bei Opa scheitert oft an unfreiwilligen Überstunden. Neben unserem eigenen Schweinehund haben wir es also mit einem System zu tun, dass unsere wirtschaftliche Verwertbarkeit vor unsere Bedürfnisse reicht. Klingt unmenschlich – ist es auch.

Die SLP hat daher für 2006 nur einen Vorsatz: den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Sexismus, Rassismus und Kapitalismus wie schon 2005 weiterzuführen. Natalia, 19, aus Salzburg hat es nicht beim frommen Wunsch belassen: “Da die SLP für mich die erste sozialistische Partei ist, die effizient ar-

beitet und mir die Möglichkeit zur aktiven Mitarbeit und Mitgestaltung gibt, bin ich Mitglied geworden.”

NAZIS - KEIN FASCHINGSSCHERZ

In Oberösterreich organisierten wir maßgeblich für die antifaschistische und antirassistische Demonstration in Linz am 11.11. Manche “Linke” behaupten ja, der BFJ – eine gefährliche rechtsextreme Gruppe gegen die ein Verfahren wegen nationalsozialistischer Widerbetätigung läuft – wäre kein Problem mehr. Leider eine Illusion. “Die Demonstration führte dieses Mal nicht durch die Innenstadt, sondern durch Auwiesen, ein Außenviertel von Linz, in dem viele MigrantInnen und viele ArbeiterInnen leben. Ein Anlass dafür war auch, dass der rechtsextreme “Bund Freier Jugend” (BFJ) dort in den letzten Monaten mehrere tausend Flugblätter verteilt hatte... Die Demo verlief friedlich, obwohl es mehrere Provokationen durch Faschisten gab. Er-

freulich war, dass uns eine Gruppe interessierter Jugendlicher in Auwiesen gegen die Nazis unterstützte.” berichtet Flo aus Linz von der Demo. Auch gegen ein “Fest”, das der BFJ am 3.12. in Traun unter dem Motto “Braune haben bessere Laune” organisierte, sowie gegen eine Kundgebung des BFJ am 10.12. in Linz war die SLP aktiv. Für Martin (14) aus Niederösterreich wichtige Arbeit: “Endlich gegen Rassismus, Nationalsozialismus und gegen andere Missstände in unserer Gesellschaft aktiv etwas zu unternehmen und dem System das den Meisten nur Leid bringt den Kampf anzusagen – das war der Ausschlag das ich der SLP beigetreten bin. Hasta la victoria semper!”

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerantrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein “All-Inclusive-Abo” eben.

PSK 8812.733

SLP IN EIGENER SACHE

Die SLP-Treffpunkte

LINZ

jeweils Montag, 17.30 Uhr,
“Alte Welt”, Linz, Hauptplatz 4

SALZBURG

jeweils Donnerstag, 19.30 Uhr,
“Shakespeare”, Salzburg,
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

WIEN

jeden Mittwoch um 19 Uhr
SLP Wien West, “Fünfhauser Stüberl”,
1150 Wien, Löhrgasse 13, (U3, U6 Westbahnhof)

jeden Donnerstag um 18 Uhr

SLP Wien Nord, “Piwnica” (ehem. Peer Gynt), 1200 Wien,
Jägerstraße 38 (U4 Friedensbrücke, U6 Jägerstraße, 5, 33)

jeden Freitag um 18.30 Uhr

SLP Wien Ost, “K-One”,
1030 Wien, Posthorngasse 6, (U3 Rochusgasse)

jeden Freitag um 19 Uhr

SLP Wien Süd, “Bunte Kuh”, 1050 Wien, Siebenbrunneng./
Ecke Zentag. (U4 Pilgramgasse, 12A, 14A)

SWL-Treffpunkt in Wien

jeden Montag um 17.30 Uhr
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8
(U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)



VORWÄRTS ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10

oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort “Abo” nicht vergessen!

*Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

www.slp.at



Die Website der Sozialistischen LinksPartei – seit Mai in neuem Gewand, mit mehr und aktuellem Inhalt. Jetzt besuchen!



Neues aus dem CWI

Gegen ein Bündnis mit dem Sozialabbau

Berlin: Seit den Anfängen der WASG ist die SAV, die deutsche Sektion des CWI, im Rahmen der Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit aktiv. Sie steht für eine kämpferische Partei und prinzipielle Opposition gegen jeden Sozialabbau. Mit dem Eintritt von Lafontaine und der Kandidatur auf der Liste der PDS bei den Bundestagswahlen ist ein Prozess in Richtung Fusion von WASG und PDS eingeleitet worden. Die PDS ist in Ostdeutschland, und besonders in Berlin in einer Koalition mit der SPD, eine treibende Kraft neoliberaler Sparpolitik und verantwortlich für Privatisierung im Gesundheitswesen, den Verkauf von 65.000 öffentlichen Wohnungen, Lohnkürzungen von rund 10 % und den Abbau von zehntausenden Jobs jeweils im öffentlichen Dienst. Die SAV, die mit zwei VertreterInnen im Landesvorstand der WASG-Berlin ist, tritt für eine Kandidatur bei den kommenden Wahlen in Berlin am 17. September 2006 gegen diesen Sozialakkord ein – notfalls auch gegen die PDS und ihre Politik im Senat. Zwei Drittel der WASG-Berlin unterstützen diese Position. Die WASG-Bundesführung versucht nun Druck auf die Berliner WASG auszuüben. Teile hetzen sogar über bürgerliche Medien gegen die SAV um ihr Projekt einer Fusion mit der Linkspartei-PDS ohne die ursprünglichen Grundsätze der WASG – die Sozialabbau ausschließen – durchzubringen.

Sozialist wird Dritter bei Präsidentenwahlen

Sri Lanka: Siritunga Jayasuriya von der United Socialist Party, der Sektion des CWI, erhielt bei den Präsidentschaftswahlen in Sri Lanka 35.425 Stimmen und wurde damit im Rennen gegen die Kandidaten der beiden übermächtigen Parteien des Establishments – die mehr als 98 Prozent aller Stimmen verbuchten – immerhin Dritter. Insgesamt waren 13 Personen angetreten. In einer Fernsehansprache unmittelbar nach Bekanntgabe des Ergebnisses kritisierte er den neuen Präsidenten scharf für seinen kommunalistischen, gegen die tamilische Bevölkerung gerichteten, Wahlkampf. Der neue Präsident ist damit verantwortlich für eine Zunahme von Konflikten und eine noch angespanntere Stimmung. Siritunga Jayasuriya machte klar, dass die USP die neoliberale Politik der Regierung ebenso bekämpft, wie ihre kommunalistische Politik.

INTERNATIONALES

Weltweit den Horror des Kapitalismus beenden!

Internationales Treffen des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale

Von Sonja Grusch,
Mitglied im Vorstand (IEC)
des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (CWI)

Anfang Dezember 2005 trafen sich rund 50 Mitglieder des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (CWI) aus 25 Ländern und fünf Kontinenten in Belgien. Aber es war weder eine vorweihnachtliche Feier noch ein kulturelles Treffen – es war das gemeinsame Ziel, den Horror des Kapitalismus weltweit zu beenden und eine sozialistische Gesellschaft zu errichten, welches die Diskussionen bestimmte.

ANGRIFFE AUF SOZIALE UND DEMOKRATISCHE RECHTE

In Kirgisien liegt das Durchschnittseinkommen bei 26 Euro pro Monat, 80% der Bevölkerung leben in Armut. Dass es sich dabei nicht um eine Ausnahme handelt machen die zahlreichen Beispiele aus Asien, Afrika, Lateinamerika, aber auch Europa und den USA deutlich. Hinter der schönen Scheinwelt, die der Kapitalismus aufbaut, gibt es eine graue und oft lebensbedrohende Realität. In einer Reihe von Ländern herrscht zur Zeit offiziell ein Aufschwung. Trotzdem werden überall Angriffe auf den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse gefahren. Weltweit kommt es z.B. unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung zu einem Abbau demokratischer Rechte um Widerstand von ArbeiterInnen und Jugendlichen zu verhindern. Aus Australien – das einen Exportboom nach China verzeichnet – berichten CWI-Vertreter über die de facto Abschaffung des Streikrechtes und polizeistaatliche Methoden. Es ist kaum noch möglich, legal einen Streik durchzuführen und für illegale Streiks können ArbeiterInnen künftig mit Strafen von bis zu 14.000 Euro pro Streiktag bestraft werden. Wer sich darüber beschwert bzw. die Regierung kritisiert kann auf unbestimmte Zeit auch ohne Verfahren im Gefängnis landen. Massenarbeitslosigkeit, Armut und der drastische Abbau von Sozialleistungen – egal aus welchem Land die Berichte kommen, diese gemeinsamen Erfahrungen dominieren: In Israel sinken die Reallohn in den letzten Jahren drastisch, in Belgien soll das Pensionsalter ausgedehnt werden, in Deutschland wird der Kündigungsschutz abgeschafft. In den USA gibt es Steuergeschenke für die Reichen, in Nigeria erhöhen sich vergessen ist, dass China v.a. die Angebotsseite steigert in einer Welt, in der es ohnehin



nung während der Staat durch den hohen Ölpreis Zusatzeinnahmen verbucht, welche in den Taschen korrupter PolitikerInnen und internationaler Konzerne landen.

RETTUNG DER WELTWIRTSCHAFT DURCH CHINA?

Es ist zwar möglich, dass der momentane Wirtschafts-"Aufschwung" noch einige Zeit andauern kann. Die Basis dieses Aufschwungs ist aber alles andere als stabil und kann rasch in sich zusammenbrechen. Es ist ein Aufschwung auf Pump, der mit einer hohen Staatsverschuldung und einer hohen Verschuldung der Haushalte finanziert wird. Die Sparquote ist in den USA mit 1,5% des BIP auf einem historischen Tiefstand, die ArbeiterInnen haben kaum Rücklagen auf die sie in einer kommenden Krise zurückgreifen können – dafür aber hohe Schulden. Diskutiert wurde in diesem Zusammenhang die Frage, inwieweit China weiter als permanenter Motor weltweiten Wachstums agieren kann. China verzeichnet zweifellos einen langen und starken Boom. Was bürgerliche Kommentatoren allerdings gerne vergessen ist, dass China v.a. die Angebotsseite steigert in einer Welt, in der es ohnehin

schnellere Sektionen des CWI im Kampf der ArbeiterInnen und Jugendlichen für ihre Rechte spielen, war für mich wirklich beeindruckend. Die Irische Sektion des CWI – die Socialist Party – ist z.B. aktiv im Konflikt bei Irish Ferries, wo versucht wird, unter dem Motto "besser solche Jobs als gar keine" 543 Jobs durch Niedriglohnjobs zu ersetzen: Beschäftigte sollen künftig 3,60 Euro pro Stunde verdienen bei einer Arbeitswoche von 84 Stunden. Der Konflikt hat Auswirkungen auf ganz Irland und darüber hinaus: Sind die Unternehmer erfolgreich, werden rasch Nachahmer kommen. Bei den großen Protestdemonstrationen am 9. Dezember mit über 100.000 TeilnehmerInnen, die de facto ein halbtägiger Streik waren, haben die Gewerkschaften wohl auch deshalb keine PolitikerInnen als RednerInnen zugelassen, weil sie wussten, dass Joe Higgins, Abgeordneter der Socialist Party, der irischen Sektion des CWI, als einziger auch die Politik der Regierung kritisieren und als nächsten Schritt für einen einstündigen Generalstreik aufrufen würde.

DIE ROLLE VON SOZIALISTINNEN

Die Rolle, die die unter-

schiedlichen Sektionen des CWI im Kampf der ArbeiterInnen und Jugendlichen für ihre Rechte spielen, war für mich wirklich beeindruckend. Die Irische Sektion des CWI – die Socialist Party – ist z.B. aktiv im Konflikt bei Irish Ferries, wo versucht wird, unter dem Motto "besser solche Jobs als gar keine" 543 Jobs durch Niedriglohnjobs zu ersetzen: Beschäftigte sollen künftig 3,60 Euro pro Stunde verdienen bei einer Arbeitswoche von 84 Stunden. Der Konflikt hat Auswirkungen auf ganz Irland und darüber hinaus: Sind die Unternehmer erfolgreich, werden rasch Nachahmer kommen. Bei den großen Protestdemonstrationen am 9. Dezember mit über 100.000 TeilnehmerInnen, die de facto ein halbtägiger Streik waren, haben die Gewerkschaften wohl auch deshalb keine PolitikerInnen als RednerInnen zugelassen, weil sie wussten, dass Joe Higgins, Abgeordneter der Socialist Party, der irischen Sektion des CWI, als einziger auch die Politik der Regierung kritisieren und als nächsten Schritt für einen einstündigen Generalstreik aufrufen würde.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT IST MEHR ALS EINE PHRASE

Aus Griechenland kamen

Berichte über die Arbeit mit MigrantInnen, aus Sri Lanka über die Kandidatur von Siritunga Jayasuriya von der United Socialist Party, der Sektion des CWI (mehr siehe Internationale Notizen). Aus Pakistan und Sri Lanka folgten Redbeiträge über die Arbeit nach Tsunami und Erdbebenkatastrophe. In beiden Fällen hat das CWI international Spenden gesammelt und die Hilfe immer auch mit politischen Kampagnen verbunden, damit die Opfer – künftig – nicht auf Almosen angewiesen sind, während die Regierungen von Pakistan und Sri Lanka weiter Milliarden ins Militär stecken. Und in beiden Fällen haben wir Hilfe auch unabhängig von der Nationalität und Religion organisiert: in Sri Lanka für SinghalesInnen ebenso wie für TamilInnen, in Pakistan ebenso wie in Kaschmir.

DIE ARBEITERINNENKLASSE BRAUCHT EINE PARTEI

Das Vertrauen in die etablierten Parteien wird immer geringer. Überall sinkt die Wahlbeteiligung, oft stehen lediglich zwei große Parteien oder Lager zur "Auswahl" die sich kaum voneinander unterscheiden. Das Fehlen von ArbeiterInnenparteien ist ein wesentliches Hindernis für erfolgreiche Kämpfe der ArbeiterInnenklasse weltweit. Eine Einschätzung und Bilanz verschiedener neuer Formationen – der PRC (Partei der Kommunistischen Neugründung) in Italien, der SSP (Schottische Sozialistische Partei), des Linksblocks in Belgien etc. – ist daher notwendig. Im Zentrum standen aber die Diskussionen über die jüngeren Entwicklungen in Deutschland rund um WASG und Linkspartei. PDS (mehr siehe Internationale Notizen) und in Brasilien rund um die PSOL. In beiden spielen Mitglieder des CWI eine zentrale Rolle. Interessant auch die Entwicklungen in Belgien. Bei den Generalstreiks in den letzten Monaten gegen die Angriffe auf das Pensionssystem hat die belgische Sektion des CWI die Notwendigkeit einer neuen Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche betont. Von ArbeiterInnen und GewerkschafterInnen aus verschiedenen Bereichen gibt es sehr positive Reaktionen und auch bereits konkrete Initiativen.

Und weil es nicht möglich ist, die Diskussionen und Berichte einer Woche hier vollständig wiederzugeben, lohnt es, mehr auf www.socialistworld.net (auf Englisch, deutsche Übersetzungen teilweise auf www.slp.at bzw. www.sozialismus.info) nachzulesen.

Aufstand der Verzweiflung!

Jugendrevolten und soziale Krise in Europa

von Philipp Fleischmann,
SLP Wien

Zukunftsangst, Kriminalität, Dauerarbeitslosigkeit, Drogensucht, Bildungsnotstand, Polizeiterror – all diese Begriffe sind in den Pariser Vororten des 21. Jahrhunderts nicht nur Worte, sondern täglich zu beobachtende Begleiterscheinungen einer kapitalistischen Gesellschaft. Jeder zehnte Franzose ist arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit junger Männer bis 25 liegt bei 22%–25%. Arbeit zu finden ist noch schwerer, wenn man nicht aussieht oder spricht wie ein Mitteleuropäer, wie selbst die "Financial Times Deutschland" vom 3. November zu berichten weiß: "So haben es Träger eines arabischen Namens auch bei ausreichender Qualifizierung schwerer eine angemessene Arbeit zu finden."

RASSISMUS

Vor diesem Hintergrund versuchten bürgerliche Kommentatoren, die Revolte als Aufbegehren ethnischer und religiöser Minderheiten darzustellen. Rechte Politiker wie Innenminister Sarkozy versuchen durch hetzerische Parolen – er hat die Jugendlichen Bewohner der französischen Vororte wiederholt als "Lumpenpack" beschimpft und damit das Fass erst zum überlaufen gebracht – die ausländerfeindliche Stimmung zu ihren Gunsten anzuheizen.

REPRESSION

Die Regierung strich das Geld für die Bildungsprogramme in den Vororten. Kapitalistische Politik ist nicht an den Interessen der Menschen ausgerichtet! Höhere



Bildung bräuchte man nicht, wenn die Bewohner der Vororte genug wüssten, um für das Kapital verwertbar zu sein, reichte das. Stattdessen setzten die Konservativen auf verstärkte Ausbeutung: Unternehmen, die sich in den Problemgebieten ansiedelten, erhielten Steuer- und andere Vergünstigungen. Wer sich gegen Arbeitslosigkeit, Niedriglohnsektor, Bildungsnotstand, falsche Wohnungspolitik... wehrt, der bekommt den Knüppel der Polizei-Sondereinheit CRS zu spüren.

PERSPEKTIVEN FÜR DIESE BEWEGUNG

Die wütenden Jugendlichen in Frankreich randalierten ziellos in ihrer eigenen Wohnumgebung. Neben zahllosen Autos setzten sie sogar wichti-

ge Infrastruktur wie Kindergärten in Brand. Die einzige Forderung, die sie erhoben war, dass Sarkozy zurücktritt oder sich einfach nur entschuldigt. Beides zeigt wie groß die Orientierungslosigkeit hier noch ist. Durch das anzünden von Autos kommt man vielleicht für ein paar Wochen in die Medien. Es animiert aber sicher wenige ArbeiterInnen, die eventuell ein Auto besitzen, selbst aber genauso von den Missständen betroffen sind, wohl kaum sich dem Protest anzuschließen. Nach einigen Wochen konnte die französische Polizei dann sagen, die Fahrzeugbrände hätten sich auf ein "normales Maß" von 30 pro Nacht reduziert, Grund genug für die Medien, das Thema langsam wieder beiseite zu legen. Oft hörte man den Ver-

gleich mit den Protesten in Frankreich im Mai '68. Doch damals verbündeten sich streikende Arbeiter mit protestierenden Studenten zu einer Protestwelle im ganzen Land, die für den französischen Kapitalismus so gefährlich war, dass der Premierminister kurzfristig nach Deutschland flüchtete. Gegenüber dem ist der Protest heute nicht nur relativ isoliert, sondern (noch) ohne jegliche Perspektive und Programm.

ÖSTERREICH

Die grundlegenden Elemente, die zu dem Wutausbruch in Frankreich geführt haben, sind auch in Österreich gegeben. Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit: Die Jugendarbeitslosigkeit hat im Oktober 2005 um +10,4%

(+4.001) gegenüber Oktober 2004 zugenommen. Wer versucht, einen Job zu finden, muss als Bittsteller bei hunderten Betrieben betteln, um vielleicht für niedrige Löhne arbeiten zu dürfen. Besonders bedenklich ist, dass Österreich mit seinen 10,8% Arbeitslosen unter den Jugendlichen noch zu den Beschäftigungs-Spitzenreitern in der EU zählt. Rassismus: Nicht nur die FPÖ, die in den 90er Jahren Österreichs Klima weit nach rechts drängen konnte, schafft es weiter, mit Rassismus Stimmung zu machen. Auch ÖVP und SPÖ bedienen sich weiter der Ausgrenzung von Ausländern. Jüngstes Beispiel: Sie haben das neue Asylgesetz beschlossen, das eine weitere Erschwerung des Zugangs bedeutet. Repression: Regierung und SPÖ haben die Europameisterschaft 2008 zum Anlass genommen, mit dem neuen Sicherheitspolizeigesetz die Grundlage für wesentlich schärfere Polizeirepression gelegt. Es wird zum Beispiel "schwarze Listen" geben, mit Menschen, die einfach "weggewiesen" werden können – wohin, ist nicht klar. Die Regierung und die SPÖ reagieren hier genauso auf das Aufklaffen der sozialen Schere, wie es die Politik in Frankreich getan hat. Eine Entspannung der wirtschaftlichen Situation steht nicht bevor. Aber die österreichischen ArbeiterInnen und Jugendlichen haben einen entschiedenen Vorteil: Die Ärmsten der Armen sind hier nicht kilometerweit in die Vororte verdrängt. Sie leben in und neben durchschnittlichen ArbeiterInnenvierteln. Das könnte die Aufgabe der Verbindung der Proteste entscheidend erleichtern.

► Mehr
Programm!

Das Programm der Sozialistischen Linkspartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher – der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft – Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Förderung sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.